

Aufwendige Fälle für Familienrichter

Warnung vor einer „Scheidung light“ / Neues Angebot für außergerichtliche Einigung

bie. BAD HOMBURG. Die Veränderungen, mit denen das Amtsgericht Bad Homburg 2005 konfrontiert war, haben sich weniger in der Fallzahl als vielmehr in den Arbeitsbedingungen niedergeschlagen. Der Einzug der Elektronik ist vorerst abgeschlossen, nachdem an jedem Schreibtisch ein Computer summt. Das bedeutet für Richter, die Handelsregistereinträge zum Teil selbst einzugeben, sagte Direktor Joachim Knauth. Dafür könnten sie in ganz Hessen die Einträge anderer Amtsgerichte direkt einsehen.

Die Einführung der doppelten Buchführung und der entsprechenden Computerprogramme wiederum gebe dem Land zwar einen Kostenüberblick. Doch es sei für die Justiz problematisch, wenn sich zum Beispiel herausstelle, daß Gutachten besonders teuer seien. „Wenn hier einfach gekürzt wird, ist das ein Eingriff in die Rechtsprechung“, sagte der Direktor des Amtsgerichts, das wie zahlreiche andere Immobilien des Landes Hessen verkauft und zurückgemietet werden soll. Auch stelle sich die Frage nach dem Datenschutz und der richterlichen Unabhängigkeit, wenn das gesamte Computernetz zentral vom hessischen Finanzministerium verwaltet werde.

Die Statistik des Bad Homburger Amtsgerichts für 2005 weist kaum gravierende Änderungen gegenüber den Vorjahren auf. Die 3466 Zivilprozesse, geringfügig weniger als 2004, sind weniger Nachbarstreitigkeiten als den im Gerichtsbezirk ansässigen Versicherungen und Reiseunternehmen mit großem Kundentamm zuzuschreiben. 228 Insolvenzverfahren wurden 2005 beantragt, und bei 81 reichte die vorhandene Masse zur Eröffnung. Deutlich höher liegt der Anteil bei den 134 beantragten Verbraucher- und Kleininsolvenzen, weil hier die Eröffnung das eigentliche Ziel ist und die Kosten gestundet werden. Hier kam es in 117 Fällen auch tatsächlich zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens. Auch die Zahl von 97 Zwangsversteigerungsverfahren lag im langjährigen Trend. Einen deutlichen Rückgang verzeichnete das Amtsgericht hingegen bei den Kirchenaustritten. 2003 waren es noch 813, 2004 nur 551 und 421 im vergangenen Jahr.

728 Familienverfahren waren 2005 in Bad Homburg anhängig, gegenüber 752 im Jahr davor. Dahinter verbergen sich nach Worten Knauths oft aufwendige Fälle, weil es beim Zugewinnausgleich teil-

weise um Millionensummen gehe. Jüngst habe eine Ehefrau zur Sicherung ihres Lebensstandards einen monatlichen Unterhalt von 9600 Euro beantragt. In diesem Zusammenhang befürwortete der Direktor die Pläne für das sogenannte große Familiengericht, das bei einer Scheidung auch sonstige Vermögensfragen klären soll. Als Entlastung dafür die einfachen Scheidungen den Notaren zu überlassen, hält Knauth allerdings für bedenklich. Angesichts mancher zweifelhafter Eheverträge oder des leichtfertigen Verzichts auf einen Versorgungsausgleich werde das Eherecht ausgehöhlt. „Das ist dann ‚Scheidung light‘“, sagte der Direktor.

Neu am Bad Homburger Amtsgericht ist das Angebot einer Mediation, um eine außergerichtliche Einigung zu erzielen. Eine Familienrichterin habe sich hierfür fortgebildet, sagte Knauth. Die Zivilrichter suchten geeignete Fälle heraus und wendeten sich dann an die Anwälte. Bei zivilrechtlichen Angelegenheiten reiche meist eine dreistündige Sitzung für ein Ergebnis aus. Die Bilanz spreche für sich: Von 22 vorgeschlagenen Fällen hätten die Beteiligten bei 16 eingewilligt, und die Erfolgsquote habe anschließend bei 90 Prozent gelegen.